GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XII. NOVEMBRIE - DECEMBRIE / NOVEMBRE - DECEMBRE / NOVEMBER - DEZEMBER 1934. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 11-12

Ein bedeutsamer Vorschlag Lord Robert Cecils.

Von: **Ewald Ammende.**

Es ist erfreulich, dass im Kreise jener Männer, die für die Gestaltung des Völkerbundes und seiner Tätigkeit von Vornherein die grösste Verantwortung tragen, die aber im Gegensatz zu den an einer Verschlechterung der Nationalitätenrechte interessierten Elementen dem Minoritätenproblem objektiv gegenüberstehen, mehr noch, die sich über den endgültigen Zusammenbruch der Völkerbundtätigkeit auf dem Gebiete des Nationalitätenrechtes im vollen Umfange Rechenschaft ablegen, jetzt solche finden, die offen eine Schwenkung vornehmen. Im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung: der dilatorischen Behandlung des ganzen Fragekomplexes, fordern sie jetzt eine radikale Aenderung der bisherigen Lage der Dinge. Zu diesen Männern gehört vor allem Lord Robert Cecil, der soeben unter dem Titel „Was wird aus den Minderheiten?" in verschiedenen Zeitungen einen sensationellen Artikel veröffentlicht hat. Unter Aufgabe der bisher unerschütterlichen englischen Auffassung, welche im Genfer Schutzsystem ein Ausnahmerecht gegenüber einer gewissen Kategorie von Staaten sah, verlangt Lord Robert Cecil eindeutig, dass diese Diskriminierung aufhöre und England sich nunmehr an die Spitze einer Bewegung stelle, die darauf ausginge, die Verpflichtung der bestehenden Schutzverträge auf sich zu nehmen. Doch im Gegensatz zum polnischen Vorgehen beschränkt er sich nicht nur darauf, die Unzulässigkeit der heute bestehenden Rechtsungleichheit zu konstatieren, wie ferner undurchführbare Vorschläge zu machen, sondern – und darin liegt die grosse Bedeutung des Auftretens des einflussreichen

englischen Staatsmannes – er unternimmt es erstmalig, praktisch durchführbare Propositionen zu machen und damit die ganze unfruchtbare Diskussion der letzten Jahre auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Ausführungen Cecils erscheinen uns so wichtig, dass wir hier die wichtigsten von ihnen wiedergeben und behandeln müssen.

Cecil kritisiert das polnische Vorgehen und stellt fest, dass es „von einer unglückseligen Drohung des Obersten Beck", durch das zwangsläufig eine „feindliche Reaktion der meisten Regierungen" ausgelöst werden musste, begleitet gewesen wäre. Ferner bringt er in Erinnerung, dass der Minderheitenschutzvertrag mit Polen gleich denen mit den übrigen Staaten auf Grund eines besonderen Artikels des Friedensvertrages überhaupt erst die „Voraussetzung für die Unabhängigkeit und die Souverenität" des Staates bilde. An eine Aufgabe der bestehenden vertraglichen Bestimmungen könne daher auch gar nicht gedacht werden. „Einem Teil der Kündigung eines Vertrages zu gestatten – so schreibt er wörtlich – hiesse die Gültigkeit aller Verträge zerstören, die territorialen wie die Minoritätsklausel mit inbegriffen." Trotzdem liege, wie er wörtlich schreibt, in der von Polen „recht ungeschickt, von der Kleinen Entente mit mehr Diskretion vorgebrachten Argumentation, dass ein System, das ihren Untertanen einen Appell an den Völkerbund erlaube, die anderen Mächte jedoch von einer derartigen Einschränkung ihrer Souveranität befreie, unfair sei, eine gewisse Berechtigung. Diese Diskrimination macht sich umso stärker bemerkbar, als zum mindesten vier ständige Ratsmitglieder, nämlich England, Frankreich, Italien und Sowjetrussland, starke Minoritäten beherrschen, die ihnen zum Teil auf Grund des Friedensvertrages zugefallen sind." Cecil schlägt nun vor, „da kein Argument so kraftvoll ist, wie ein gutes Beispiel, dass das Vereinte Königreich von Grossbritannien und Nordirland aus eigenem Antrieb dieselben Verpflichtungen wie sie im polnischen Vertrag vorgesehen sind, für alle seine Minoritäten innerhalb seiner Rechtssprechung, auch für die in den Kolonien und Niederlassungen, übernehmen soll." Cecil meint mit Recht, dass diese Entwicklung einem Grossbritannien, das in Wales und anderwärts öffentliche Schulen in den örtlichen Sprachen zulasse, keinerlei Abbruch bereiten würde.

Man bedenke nur, nachdem englischerseits jahraus und

jahrein der Standpunkt vertreten worden ist, dass eine Ausdehnung der Nationalitätenrechte auf alle Mitglieder des Völkerbundes, speziell die Grossmächte, überhaupt nicht in Frage kamen, tritt hier der langjährige englische Delegierte in Genf und Vertrauensmann vieler Londoner Regierungen in den Völkerbundfragen offen mit dem Vorschlage hervor, dem gegenwärtigen unmöglichen Zustande der Dinge ein Ende zu bereiten und zwar dadurch, dass England selbst als erste Grossmacht die Verpflichtung des Nationalitätenschutzes zu übernehmen hätte. (*Anm.:* In diesem Zusammenhange sei übrigens darauf hingewiesen, dass ein anderer Engländer und zwar Lord Dickinson eine ähnliche Auffassung wie jetzt Lord Robert Cecil noch im September in einem Briefe an die „Times" vertreten hat.)

Wir sind der Anschauung, dass im Falle, dass England den Vorschlag Cecils über kurz oder lang verwirklichen sollte, dieses Vorgehen von einer bahnbrechenden Bedeutung sein müsste. Bekanntlich hat bereits vor einer Reihe von Jahren der damalige Reichsaussenminister Dr. Curtius die Erklärung abgegeben, dass das Deutsche Reich, falls die anderen Staaten den gleichen Standpunkt vertragen, grundsätzlich dazu bereit wäre, die Bestimmungen der Schutzverträge anzuerkennen und zu übernehmen. Dieser Standpunk ist von der jetzigen deutschen Regierung bisher nicht in Frage gestellt worden. Ganz im Gegenteil, die Forderung nach einer Gleichberechtigung der Staaten – ganz gleich, ob es sich um das Recht auf die Wehrmacht oder ein anderes Gebiet handelt – gehört ja zu den wesentlichsten Postulaten der heutigen deutschen Politik. Unseres Erachtens müsste ein solcher Schritt von Seiten Englands die Möglichkeit eröffnen, dass auch jene Grossmächte und Staaten, die heute von einer Anerkennung der Rechstbestimmungen im Nationalitätenschutz nichts wissen wollen, in die Zwangslage versetzt werden, über kurz oder lang auch ihrerseits die Bestimmungen annehmen zu müssen.

Cecil tritt noch mit zwei weiteren Propositionen hervor, die gleichfalls überaus bedeutsam sind, da durch ihre Annahme die Realisierung seines Planes überhaupt erst ermöglicht würde. Er schlägt vor, dass das gegenwärtige Verfahren dahin abzuändern wäre, dass an Stelle der Dreierkomitees, die heute die einzelnen Petitionen der Minderheiten bekanntlich zu überprüfen hatten, eine „permanente Kommission ähnlich der ständigen

Mandatskommission" zu gründen sei, die sich aus „hervorragenden Männern und Frauen" – Personen, die um ihrer „Integrität und um ihrer Verdienste um der Oeffentlichkeit willen" auf diesen Posten für eine längere Amtsperiode bestellt würden – zusammensetzen müsste. Hier wird von Lord Robert Cecil eine Forderung aufgegriffen, die schon seit Jahren vom Nationalitäten-Kongress, vom Weltverbande der Völkerbundligen und der Interparlamentarischen Union erhoben wird.

Allerdings Cecil schlägt vor, dass die Bestimmung, dass alle Minderheitsverträge und Erklärungen „unter der Garantie des Völkerbundes ständen" abgeändert würde, da der Völkerbund gar „nicht in der Lage sei, den individuellen Bewohnern dieses oder jenes Landes zu garantieren, dass ihre Rechte und Bestrebungen niemals verletzt werden würden." Cecil scheint hier der Auffassung zu sein, dass weit wichtiger als die Garantie der individuellen Rechte eines jeden Angehörigen der Minderheiten das Vorgehen der von ihm vorgeschlagenen Kommission zum Schutze der wesentlichsten Rechte der Nationalitäten als solcher ist. Hier erkennt man das Streben, den Völkerbund von der Behandlung der verschiedenen Einzelpetitionen spezieller Natur zu entlasten, um auf dem Wege über die neue Kommission die Obhut des Völkerbundes mehr auf die wesentlichsten Fragen der Existenz und der kulturellen Entwicklung der Nationalitäten als solche zu konzentrieren. Vieles in den Vorschlägen Cecils ist noch nicht genügend geklärt und eindeutig ausgesprochen. Vor allem sieht seine Auffassung die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes nicht nur im europäischen Raume, sondern auch im Rahmen der übrigen Welt vor, ein nach Ansicht der Nationalitäten selbst schwer durchführbarer Vorschlag, der entsprechend abgeändert werden müsste. Immerhin lässt sich bereits heute feststellen, dass die Vorschläge Cecils in vielem Wesentlichem den Auffassungen der Nationalitäten selbst entsprechen und dass sie vor allem das Gegenteil dessen im Ange haben, was vor den Herren Bastid, Frangulies usw. vertreten wird, Männern, denen es im Gegensatz zu Cecil nicht um eine Sicherung der Rechte der Nationalitäten, sondern ganz im Gegenteil um eine endgültige Aufgabe einer jeden Anerkennung der nationalen Kollektivitäten als solchen, ja zum Teil sogar um das Verschwinden der Volksgruppen auf dem Wege der bereits von Mello-Franco gepriesenen Verschmelzung „adaption" geht.

Gewiss, Lord Robert Cecil spricht heute nur für sich und nicht für die englischen Regierungskreise. Doch seine Autorität als jahrelanger englischer Völkerbunddelegierter und Vorsitzender der englischen League of Natîons Union ist so gross, dass heute die Möglichkeit gegeben ist, nicht nur in Eng'and, sondern darüber hinaus auch in den anderen europäischen Staaten (speziell den neutralen Ländern) eine Aktion in die Wege zu leiten, die sich die Gewinnung weiterer Kreise der öffentlichen Meinung für diesen Gedanken und zuguterletzt auch die Verwirklichung der Vorschläge selbst zum Ziele setzt. Hiebei kommt den Nationalitäten selbst und der Organisation des Nationalitäten-Kongresses als der Vertretung ihrer grossen Majorität zweifellos eine besondere Aufgabe zu, dieses desto mehr, da die Vorschläge Cecils in ihren Grundzügen vielfach dem Vorschlag des Nationalitäten-Kongresses auf den freiwilligen Abschluss einer europäischen Konvention über die Anerkennung der Nationalitätenrechte entsprechen und nunmehr die Möglichkeit besteht, verschiedene Propositionen des Nationalitäten-Kongresses – etwa die auf eine Beschränkung der vorgesehenen freiwilligen Uebereinkunft für die europäischen Staaten – mit denen Lord Robert Cecils zu koordinieren. Hier heisst es, ohne Zeitverlust an die Arbeit zu gehen.

Bilaterale Staatsverträge im Interesse der Minderheiten.

Von: **Ferdinand Hegedüs.**

Die deutsche Zeitschrift „Nation und Staat" gab im September ein Sonderheft heraus mit dem Titel: „Das Minderheitenrecht in bilateralen Staatsverträgen". Darin sind in systematischer Reihenfolge alle Verträge zusammengefasst, welche die einzelnen Staaten – unabhängig von den Minderheitsverträgen – miteinander zum Schutze der, auf ihrem Gebiet lebenden Minderheiten geschlossen haben. Viele andere Werke haben diese Zusammenstellung schon gemacht, doch gibt uns dieses Heft der „Nation und Staat" ein vollkommeneres Bild. Die Ausgabe ist das Werk des bekannten deutschen Rechtsgelehrten im Minderheitenfach, Werner Hasselblatt, der diese Sammlung

mit einer sehr interessanten erläuternden Einleitung versah. Wer sich mit der Minderheitenfrage befasst, dem kann das Studium dieses Werkes viel nützliches bringen, obwohl nicht alles darin vorhanden ist, denn Hasselblatt nahm dort jene Verträge nicht auf, die mit dem Zutun des Völkerbundes zustandegekommen sind. Unserer Ansicht nach war es weder richtig, noch begründet, die Aufnahme dieser Verträge in die Sammlung zu umgehen, da deren Kenntnis überaus wichtig und es dem Laien viel nützlicher ist, wenn er diese nicht in einem separaten Buche suchen muss. Jedenfalls sei hier erwähnt, dass Diejenigen, die über letztere Verträge Aufschluss suchen, Dr. Herbert Kraus' „Das Recht der Minderheiten" betiteltes Werk, im Verlag von Georg Stilke, Berlin, 1927 zur Hand nehmen mögen.

Hasselblatt stellt die Frage, warum auch solche Staaten es nötig fanden, unter einander zum gegenseitigen Schutze ihrer Minderheiten Vertäge zu schliessen, welche Staaten dazu infolge der bestehenden Nationalitätenverträge ohnehin verpflichtet waren und ob diese Verträge einen Fortschritt oder einen Rückfall bedeuten ? Auf diese Frage finden wir aber keine positive Antwort, es ist auch nicht so einfach, das zu entscheiden. Zweifellos waren diese Verträge notwendig, da die eigentlichen Minderheitsvertäge in der Praxis versagten und den Minderheiten keinen greifbaren Schutz boten. Die benachbarten Staaten suchten notgedrungen untereinander jene Rechte praktisch zu regeln, die zum Wohle der Minderheiten unerlässlich waren. Dadurch bekannten die Staaten natürlich, dass die eingehende Regelung der Minderheitenrechte zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens und der Ruhe der Bevölkerung unumgänglich nötig war. Gesteigerte Bedeutung dieses Geständnisses finden wir in der Erscheinung, dass auch solche Staaten bilaterale Verträge eingingen, die nicht durch internationale Verträge zum Schutze der Minderheiten verpflichtet waren. So auch Italien welches an der Friedenkonferenz erklärt, es sei mit seiner Grossmachtstellung unvereinbar, dass ein anderer Staat in die Angelegenheiten seiner eigenen Untertanen dreinreden solle. Auch Russland ging einen Vertrag ein, ohne Mitglied des Völkerbundes zu sein, also war es keinerlei internationalem Forum nicht einmal moralische Rechenschaft schuldig, noch weniger hatte es sich wegen jedwedem Unternehmens und dessen politische Folgen, zu verantworten.

Von dem Standpunkt gesehen, dass diese Verträge den Minderheitenschutz auf praktische Grundlage übertrugen und zweifellos bekundeten, dass dieser Schutz notwendig ist und das Los der Minderheiten nicht ausschliessliche Innenangelegenheit der Staaten sei, bedeuten diese Verträge einen Fortschritt. Andererseits aber, wenn wir in Erwägung ziehen, dass diese Verträge den Völkerbund umgingen, also es nich nötig war, den Völkerbund zum Minderheitenschutz hinzuzuziehen, müssen wir entschieden einen Rückfall feststellen, denn in den Augen der Welt schien das System des Minderheitenschutzes in die Hände des Völkerbundes niedergelegt, als der Ausbau eines neuen Gebietes internationaler Menschenrechte, als der Schutz des Schwächeren jenem alten System gegenüber, wonach die einzelnen Nationalitäten höchstens auf die gnädige Barmherzigkeit der Grossmächte rechnen konnten, aber weder kodifizierte Rechte besassen, noch einem internationalen Gericht unterstanden. Diese Auffassung ist umso berechtigter, da die Minderheitenverträge auch Garantien enthalten (obwohl deren Verwirklichung den traurigen Erfahrungen nach nicht lebenskräftig scheint), die bilateralen Verträge jedoch enthalten keine Garantien und wenn es nicht im Interesse des vertragschliessenden Staates steht, diese zu befolgen, werden sie ganz einfach übergangen.

Hasselblatt stellt fest, dass unter den, solche bilaterale Verträge schliessenden Staaten weder Ungarn, noch Bulgarien zu finden sei. Die Ursache dessen vermeint er bei den Bulgaren in der mazedonischen Frage, bei den Ungarn in der Revisionspolitik zu finden. Zweck der bilateralen Verträge ist hauptsächlich, gegenseitigen Interessen zu dienen, das heisst, den Rassenbrüdern des herrschenden Volkes beider vertragschliessender Staaten sei im anderen Staat das Wohlleben als Minderheit gesichert. Dieser grundlegende Ausgangspunkt erklärt uns, warum mit Ungarn noch kein solch bilateraler Vertrag zustandegekommen ist, denn keiner der Nachbarstaaten hält es für unumgänglich notwendig, wegen dem Schutz seiner wenigen, in Ungarn gebliebenen Rassenbrüder für die in den Nachfolgestaaten lebenden ungarischen Minderheiten noch ausser den giltigen internationalen Verträgen, Verpflichtungen zu übernehmen. Hier tut sich uns solch ein Problem auf, welches zwar Hasselblatt nicht berührt, welches aber in der internationalen Fachliteratur immer mehr in den Vordergrund tritt. Die Frage

ist nämlich die: Wäre dem friedlichen Einvernehmen zweier Nachbarstaaten nicht am besten dadurch gedient, wenn dessen im anderen Staat massenhaft lebende Minderheitsbrüder in eine bessere Lage geraten? Klar ausgedrückt: würde das gespannte Verhältnis zwischen Ungarn und den Nachfolgestaaten nicht am wirksamsten dadurch gemildert, wenn die ungarischen Minderheiten in günstigere Lebensverhältnisse gelangen, welche bilaterale Verträge ihnen sicherten? Wäre es nicht für die Frage der Revision ebenso, wie für die mazedonische Politik wirksam, die Minderheitsklagen je erfolgreicher zu eliminieren? In dieser Hinsicht ist, von den für die kleine Entente freundschaftlich gestimmten Publizisten, in erster Reihe Scotus Viator der Ansicht, man müsse in den Minderheitsrechten die Schlüssel zur Lösung der Konflikte suchen, wie er diese in seinem unlängst erschienenen Werk bespricht. *)

Der Umstand, dass der Vertrag, den, nehmen wir an, Rumänien mit Ungarn schlösse, nicht gegenseitig wäre, sondern nur bilateral, weil in Ungarn keine zahlreiche rumänische Minderheit lebt, bedeutet darum noch nicht, dass solch ein Vertrag für Rumänien nicht vorteilhaft wäre. Es würde dadurch ein solcher Schritt zur Schaffung einer friedlichen Atmosphäre getan, dessen Auswirkung unschätzbar wäre.

Man darf aber nicht ausser Acht lassen, welche Erbitterung entsteht, wenn die Minderheit irgend eines Landes wahrnimmt, dass im Interesse einer anderen Minderheit zwei Regierungen weitgehende Verhandlungen führen und Verträge schliessen, sich aber niemand um sie kümmert. Hätte zum Beispiel die rumänische Regierung die moralische Wirkung beobachtet,

*) „What is needed is something more than the effective enforcement of existing Minority Treatis (though this would be an essential first step forward), but their extension to the maximum, not to the minimum, possible in each particular case, and the public recognition that a man's „nationality" is not identical with his „citizanship", but is something compounded of race, language, tradition and innermost feeling — something physioligical and sacred, which should be as inviolate as his religion. If this view could once win general acceptance and be translated into practice, the frontiers would speedilylose much of their political significance, revision would fall into the background, cultural intercourse across the frontiers could be extended, and the path would be laid for that removal, or at least reduction, of economic barriers which must be the final goal." (Treaty Revision and the Hungarian Frontiers, by R. W. Seton Watson).

welche der rumänisch-jugoslawische bilaterale Vertrag in den Seelen der übrigen Minderheiten hervorrief, so müsste ihr dieses Thema nicht gleichgiltig erscheinen. Hier wollen wir uns der Ausführungen erinnern, die von der Feder Zsombor Szász im Oktober-Heft der „Magyar Szemle" (Redaktions-Präsident Graf Stefan Bethlen) erscheinen, wo unter Anderem folgendes geschrieben steht: „Mit den, im rumänisch-serbischen kulturellen Vertrag festgelegten Rechtssicherungen gleichen Umfanges würde sich auch die ungarische Minderheit begnügen." Was natürlich in dem Sinne auszulegen ist, dass auf jenen kulturellen Gebieten Befriedigung entstünde, vorüber der jugoslawisch-rumänische Vertrag verfügt, denn allen Anforderungen der ungarischen Minderheit im Unterrichtswesen wäre dadurch noch immer nicht Genüge geleistet.

Viel ärger ist die Erbitterung in den Angehörigen solcher Minderheiten, die überhaupt keinen Mutterstaat haben, mit dem Vertrag geschlossen werden könnte. Diese sind in Rumänien die ukrainische Minderheit und natürlich das Judentum mit seinen speziellen Interessen. Es bestehen zwar Beispiele, dass ein Staat in einem anderen Lande lebenden solchen Völkern Rechte sichert, die nicht zu seiner Rasse gehören, so ist im russisch-polnischen Vertrag auf Wunsch der Russen den in Polen lebenden Ukrainern die Rechtsgleichheit gesichert, obwohl die Polen dasselbe für die in Russland lebenden Ukrainer nicht gefordert haben, da aber in Polen sechs Millionen Ukrainer leben, so wäre Polen seinen eigenen sechs Millionen Staatsbürgern es schuldig gewesen, für deren Rassenbrüder vonseiten eines anderen Staates Vorteile herauszuschlagen. Hasselblatt sucht die Ursache dieser Erscheinung darin, dass Polen als Nationalstaat nur die Polen als staatsbildendes Volk betrachtet, während die Russen auch die Ukrainer als Staatsvolk innerhalb des Sovjets anerkennen. Wir finden aber, es wäre in Anbetracht der Wertung der internationalen Verträge viel tröstlicher, wenn der Schutz der polnischen Ukrainer nicht in diesem bilateralen Vertrag mit inbegriffen wäre, denn keine der vielen Minderheitsklagen ist so laut, wie eben die der polnischen Ukrainer könnte auch dann nicht beklagenswerter sein, wenn der russisch-polnische bilaterale Vertrag nicht zustandegekommen wäre, obwohl Russland diesen im Namen „Russlands und der Ukraine" geschlossen hatte.

Hasselblatt bemerkt sehr treffend, der grösste Mangel dieser Verträge läge darin, dass sie fast gar nicht auf den wirtschaftlichen Schutz der Minderheiten abzielen. Diesbezüglich aber weisen die Verhältnisse im Vergleich zu den Vorkriegszeiten grossen Rückgang auf. Vor dem Weltkriege war die wirtschaftliche Freiheit der Nationalitäten eine unbeschränkte – so z. B. im Bereich der österreichisch-ungarischen Monarchie – und ihr Besitzstand war nie und in keiner Weise bedroht. Sie lebten auf ihren Grundbesitzen in eben solcher Sicherheit, wie ihre Geldinstitute wahre Bollwerke waren, die noch dazu staatliche Unterstützung genossen, wie z. B. die rumänischen Banken bei der Österreichisch-Ungarischen Bank reichlichen Reescompt hatten. Demgegenüber genügt es, auf die Agrarreform und die hunderterlei wirtschaftlichen Einschränkungen der heutigen Tage hinzuweisen, deren fürchterliche Schäden auf den Minderheiten lasten. In dieser Hinsicht gemahnt die Lage unserer Minderheiten an die in der Türkei vor dem Kriege, denn dort war die wirtschaftliche Lage der Minderheiten so unsicher, dass im türkisch-bulgarischen Vertrag von 1913 ausbedungen werden musste: „Die Bulgaren können ihr mobiles und immobiles Vermögen behalten und ihre menschlichen und wirtschaftlichen Eigentumsrechte sollen nicht geschmälert werden."

Wir wollen hier nicht den Inhalt und Wirkungskreis dieser bilateralen Verträge bekanntgeben. Grösstenteils sind darin Regelungen des Unterrichts, der Religionsfreiheit und des Sprachgebrauchs enthalten. Zweifellos heben sie naturgemäss die kollektive Art der Minderheitsrechte hervor, was die internationalen Minderheitsverträge nicht anerkennen, obwohl auch in letzteren solche Verfügungen vorkommen, die eo ipso den Sinn enthalten, dass die Minderheiten Kollektivitäten sind (z. B. das sächsische und székler Volkstum). Diese Verträge aufmerksam durchzulesen ist zweifellos für Jedermann lehrreich, der sei es auf publizistischem Gebiet, sei es in der praktischen Politik für die Minderheitenrechte kämpft. Kann es ein interessanteres Beispiel geben, als den §. 12. des polnisch-tschechoslowakischen Vertrages, der ausspricht, „die Beschützung der Minderheitenrechte kann nicht als Illoyalität betrachtet werden". Welche Waffe ist die Kenntnis solcher Bestimmungen gegenüber derart patriotischer Anklagen, wie: den Staat bedroht Derjenige, der den Minderheiten Rechte einräumt.

Das Studium dieser Verträge wäre ein wahrhaft erhebendes, würde ihnen nicht ein trauriger Anhang folgen. Dieser Anhang ist nichts anderes, als die Darstellung der Lage der Minderheiten in diesem und jenem Staate, worauf sich diese bilateralen Verträge beziehen. Aus diesen Lageberichten geht hervor, dass auch die bilateralen Verträge den Minderheiten kein Paradies geschaffen haben und besonders in wirtschaftlicher Hinsicht die Rechtsgleichheit noch immer nur frommer Wunsch ist. Der polnisch-deutsche Minderheitsvertrag, der noch dazu dem Schutze des Völkerbundes untersteht, sieht zum Beispiel vor, dass deutsche Eltern ihre Kinder getrost in deutsche Schulen schicken können. Dafür aber gewährt er keinerlei Schutz, wenn deutsche Arbeiter von ihren Arbeitsstellen entlassen werden, weil sie ihre Kinder in deutsche Schulen schickten oder dass dem Arbeitslosen aus dem selben Grunde die Milch- und Brotkarte entzogen wird, die jedem Arbeitslosen gebührt. Auch schützt kein Vertrag die Minderheitsfamilien, die sich der vertraglich verbürgten Rechte bedienen wollen, vor den Schikanen der patriotischen Vereine. Der Wahlspruch „flectere si nequeo superos, acheronta movebo" findet nirgends so eifrige Anwendung, wie gegen die Minderheiten, die zwar durch die Verträge vor der Staatsmacht geschützt werden, aber vor nationalistischem Terror nirgends Schutz finden.

Antwort an Fotić.

Von: **Emerich Prokopy.**

Der südslawische Hauptdelegierte Fotić hat es für gut befunden, im politischen (VI.) Ausschuss des Völkerbundes zur Diskreditierung der im Interesse der ungarischen Minderheit Südslawiens eingereichten Petitionen die grundfalsche und geradezu verleumderische Behauptung aufzustellen, dass „das in Madrid festgesetzte Minderheitenschutzverfahren berufsmässige Agitatoren mit Beschlag belegt haben." Diese Unterstellung suchte er durch das spitzfindige Argument glaubhaft zu machen, dass „von den auf die Beschwerden der ungarischen Minderheit Südslawiens bislang eingereichten 15 Petitionen bloss eine einzige von dieser Minderheit selbst eingereicht wurde, während die anderen ein besonderes Budapester Bureau verfasst hat,

dessen Leiter der liebenswürdige Titel eines Sekretärs der ungarischen Völkerbundliga und der Revisionsliga ziert und der uns allein im verflossenen Jahr mit nicht weniger als 10 Petitionen beschenkt hat."

Was nun die angeberiche Insinuation des Herrn Fotić betrifft, wonach die Beschwerden der ungarischen Minderheit Südslawiens von berufsmässigen Agitatoren verfasst und vor den Völkerbundrat gebracht worden wären, so muss dieser bewusst irreführenden Behauptung gegenüber nachdrücklichst betont werden, dass die in Sachen der Beschwerden der ungarischen Minderheit Südslawiens bislang eingereichten 20 Petitionen keineswegs das Werk berufsmässiger Agitatoren sind. Mit Ausnahme einer einzigen habe *ich* diese Petitionen verfasst und beim Völkerbundsekretariat eingereicht. Von mir aber können selbst meine Feinde nicht behaupten, dass ich je etwas mit irgendeiner berufsmässigen Agitation gemein gehabt hätte, wie ich mich auch nicht des „liebenswürdigen" Titels eines Direktors des nur in der regen Phantasie des Herrn Fotić bestehenden speziellen Budapester Bureaus, noch desjenigen eines Sekretärs der ungarischen Völkerbundliga und Revisionsliga rühmen kann. Dass dem wirklich so ist, das kann Herrn Fotić auch der in Budapest wirkende und vorzüglich organisierte südslawische Kundschafterdienst jederzeit bestätigen. Dagegen habe ich 9 Jahre lang (1919–1927) das bittere Minderheitenlos des Ungartums in Südslawien geteilt und im Jahre 1919 als Regierungskommissär und Obergespan des Bácsbodroger Komitates und der Stadt Zombor in der Internierung 6 ½ Monate die Gastfreundschaft Serbiens genossen, dann war ich Generalsekretär und b i zwei allgemeinen Wahlen Abgeordneterkandidat der von der Diktatur nachher aufgelösten Ungarischen Partei und hatte daher und habe auch jetzt volles Anrecht darauf, in genauer Kenntnis der Verhältnisse, Beschwerden der ungarischen Minderheit in Form von Petitionen gelegentlich vor die zuständigen Organe des Völkerbundes zu bringen, ganz abgesehen davon, dass gemäss der Praxis auch ausserhalb der Minderheiten stehende Personen oder Gruppen von Personen, ja sogar auch internationale Organisationen als Beschwerdeführer auftreten können. Übrigens kommt es nicht darauf an, wer die Petitionen verfasst hat, sondern ob die darin angeführten Beschwerden gehörig belegt sind und den Tatsachen entsprechen.

Auf die tendenziöse Anspielung des Herrn Fotič, wonach die Möglichkeit der Beschwerdeführung zu Agitationszwecken missbraucht werde, ist folgendes zu erwidern. Nicht das trägt den Zündstoff der Unzufriedenheit und der Erbitterung in die Welt, dass brutale Rechtsbeugungen und arge Verstösse gegen die Minderheitenschutzverträge zum Gegenstand von Petitionen gemacht werden, sondern jene Politik, welche die Scheidung der Völker und Menschen in Sieger und Besiegte, in Herrschende und Unterjochte, in Bewaffnete und Wehrlose zu eigenem Nutz und Frommen in alle Ewigkeit beibehalten möchte und der auch Sie, Herr Fotić, sich mit Haut und Haaren verschrieben haben!

Der als Hauptargument angeführte Umstand, dass die ungarische Minderheit Südslawiens unmittelbar sich bloss ein einziges Mal mit einer Beschwerde an den Völkerbund gewendet hat, kann lediglich jene irreführen, die keine Ahnung von der Sachlage haben. Die ungarische Minderheit stand mit einer Unterbrechung von kaum 27 Monaten, vom 27. Juli bis 6. November 1924, zur Zeit der Davidović-Regierung und in den beiden Jahren 1926 und 1927, als die ungarische Minderheit von der loyalen politischen Kollaboration der Ungarischen Partei mit den am Ruder befindlichen serbischen Parteien, -- leider vergebens – die Besserung ihres harten Loses erhoffte, unter einem derartigen behördlichen und gesellschaftlichen Terror, dass ohne Gefährdung der Sicherheit seiner Person und seines Vermögens niemand das Risiko der Beschwerdeführung auf sich nehmen konnte. Was in Südslawien diejenigen zu gewärtigen haben, die den Mut aufbringen, für die vitalen Interessen und Rechte ihres Volkes in die Schranken zu treten, das zeigt u. a. auch das abschreckend traurige Los der Führer des kroatischen Brudervolkes! Auch den Unterfertigern der von Herrn Fotić erwähnten Petition ging es nicht viel besser. Seit der Einreichung der Petition sind sie beständigen Behelligungen und Verfolgungen ausgesetzt und ihrer drei wurden von der Polizeibehörde unter den nichtigsten Vorwänden sogar mit Freiheitsstrafen belegt.

Unter solchen ganz unmöglichen Verhältnissen habe notgedrungen ich die Aufgabe übernommen, die bei normalen Zuständen den Führern der ungarischen Minderheit obgelegen wäre. Ich glaube nicht, dass man mir wegen dieser im Interesse

meiner aufs äusserste bedrängten Rassenbrüder freiwillig übernommenen Rolle irgendwie berechtigte Vorwürfe machen könnte. Die ironische und nichts weniger als geistreiche Bemerkung des Herrn Fotić, dass er den Namen des Urhebers der von ihm beanständeten Petitionen nur darum verschweige, um ihm keine Reklame zu machen, ist daher schlechthin lächerlich. Nicht um Reklame handelt es sich hier, Herr Fotić, sondern um die Leiden, die Entrechtung und die Materielle Ruinierung der unter südslawischer Willkür schmachtenden 500.000 Ungarn! Und wenn Sie in Ihrem Eifer, die Wahrheit zu korrigieren, den Mitgliedern des VI. Ausschusses einreden wollten, dass hinter den dem Völkerbund unterbreiteten Petitionen sich propagandistische Tendenzen verbergen, so ist darauf zu erwidern, dass gerade die Einstellung, wonach jeder Protest und jede Beschwerde gegen die unaufhörlichen Drangsalierungen als böswillige Propaganda und staatsfeindliche Aktionen bezeichnet werden, die Ursache dessen ist, dass statt der rücksichtslos unterdrückten und mundtot gemachten Minderheiten andere die verantwortungsvolle Arbeit der Beschwerdeführung vollbringen müssen. Doch keineswegs gegen das tüchtige und tapfere serbische Volk, dessen Massen nicht einmal ahnen, was für ein hässliches Spiel hier getrieben wird, sondern gegen jenes Regierungssystem, das in überheblicher Verachtung der Volksrechte die restlose Entnationalisierung der unterjochten Minderheiten bezweckt und dem auch Sie als bereitwilliger Helfershelfer angehören!

Das Ergebnis der Sprachprüfungen unserer Lehrkräfte.

Wir wollen nicht darüber rechten, ob es überhaupt verfassungsgemäss ist, die konfessionellen Lehrkräfte vor die Prüfungskommission zu stellen, dies wird das kompetente rumänische Gericht entscheiden. Nur darauf wollen wir hinweisen, dass Unterrichtsminister Anghelescu gelegentlich der Senatssitzung am 28. April l. J. folgende Aeusserung tat: „Tatsächlich spricht das Privat-Unterrichtsgesetz vom Jahre 1925 aus, dass Diejenigen, die nicht rumänisch sprechen, von den Lehrern und Professoren der Schulen der Herren, (zu den ungarischen Senator

Elemér Gyárfás gerichtet) Prüfungen ablegen werden, oder wenn sie die Prüfung nicht ablegen, vor eine Kommission gelangen, um dort rumänisch zu lernen. Nun gut, meine Herren, das war aber in 1925. Seitdem sind aber neun Jahre vergangen. Wir stellen fest, dass noch heute Lehrer zu Hunderten sind, die nicht rumänisch sprechen und was noch ärger ist, rumänische Geschichte und Literatur unterrichtende Professoren, die nicht rumänisch können. Das dulden wir nicht weiter. Wenn sie nicht rumänisch können, sollen sie den Unterricht bleiben lassen, mindestens Diejenigen, die rumänische Literatur, Geschichte und Geografie des Landes vortragen".

Das war das gegebene Signal für die kommenden Geschehnisse. Im August gingen die Prüfungen vor sich. Manche Kommissionen gaben den Anschein, als würden die Absolventen glimpflichen Abgang erfahren. Es zeigte sich aber, dass auch vor diesen die Geprüften zahlreich durchfielen.

Das Prüfungsergebnis wurde nämlich erst jetzt veröffentlicht. Mittlerweile hatte sich Unterrichtsminister Anghelescu zu wiederholtenmalen geäussert, er sei zufrieden mit den rumänischen Sprachkenntnissen der Minderheitslehrkräfte. Er stellte in Aussicht, dass nur Wenige durchfallen werden, denn das Prüfungsergebnis sei im Allgemeinen zufriedenstellend.

Jetzt sind diese Ergebnisse schon bekannt. Betrachten wir einige davon:

Im Komitat Csik waren von den Staatsschulen 100 ungarische Lehrer zur Prüfung bestimmt. 23 von diesen wurden der Prüfung enthoben. Das Pensionierungsgesuch hatte man von 15 angenommen, 13 hatten sich nicht zur Prüfung gemeldet, 38 hatten die Prüfung bestanden, durchgefallen waren 11.

Von den konfessionellen Lehrern desselben Komitates waren 125 zur Prüfung bestellt. Es meldeten sich davon 27 nicht, bestanden hatten die Prüfung 32, durchgefallen waren 66.

Bei den unitarischen Mittelschulen waren 8 Professoren verpflichtet, sich zur Prüfung zu melden. Von diesen waren nicht erschienen 3, bestanden hatten die Prüfung 2, durchgefallen waren 3. Von den unitarischen Lehrern waren 19 zur Prüfung verpflichtet, davon fielen durch 14, 5 hatten die Prüfung bestanden.

Im Siebenbürger Reformierten Kirchendistrikt (es fehlen die Prüfungsergebnisse der Professoren des Wesselényi-Kolle-

giums in Zilah und von 70 Lehrern des Kirchensprengels von Szilágy) hatten sich 56 Professoren zur Prüfung gemeldet. Davon fielen 32 durch, 24 kamen davon. Von den 174 zur Prüfung bestellten Lehrern bestanden sie nur 62, durchgefallen waren 88, zu neuer Prüfung können sich melden 24. (Von den Professoren des székler Miko-Kollegiums gelang es nur einem, die Prüfung zu bestehen.)

20 Professoren zählt das katholische Gimnasium in Arad. Von diesen waren 6 zur Prüfung befohlen, die Sprachkenntnisse der übrigen waren einwandfrei. 4 von diesen 6 Professoren fielen durch. Vom Arader staatlichen Gimnasium „Iosif Vulcan" war von den 5 ungarischen Professoren einer der Prüfung enthoben, einer pensioniert, die 3 zur Prüfung erschienenen waren durchgefallen.

*

Im Sinne der Verordnung Nr. 180.087/1934 des Unterrichtsministeriums: 1. Diese Professoren und Lehrer, die bei den im August durchgeführten rumänischen Sprachprüfungen wegen angemeldeten und auch ministeriell zur Kenntnis genommenen Gründen nicht erschienen waren, können sich zum letztenmal bei den, vom 9—15. Januar 1935 stattfindenden Prüfungen melden. 2. Die bei den Prüfungen im August nicht erschienen waren und ihr Fernbleiben nicht gehörig begründeten, können vom 1. Januar 1935 an nicht mehr tätig sein. Diese werden abgelöst. 3. Jene Mittelschullehrkräfte, die rumänische Sprache, Geschichte und Geografie unterrichten, können, falls ihnen die Prüfung nicht gelang, diese Gegenstände nicht mehr vortragen. 4. Mittelschulprofessoren, die andere Gegenstände unterrichten und die bei der Prüfung durchfielen, können von 1. September 1935 an nicht mehr unterrichten falls auf die Bitte der, in diese Kategorie gehörenden Lehrkräfte eine, vonseiten des Ministeriums angeordnete neuerliche Prüfung nicht ihre gehörige Kenntnis der rumänischen Sprache feststellen wird. 5. Jene Elementarschullehrer, welche die Prüfungen im August nicht bestanden, können im laufenden Schuljahr nur in der I. und II. Klasse unterrichten, aber vom 1. September 1935 an nicht mehr, sie werden ausgewechselt.

*

Von den staatlichen und konfessionellen Lehrern und Lehrerinnen bekamen schon viele jenen kleinen Zettel, dessen Text,

wie zum Beispiel im Schulinspektorat von Timişoara, folgendermassen lautet:

Schulbehörde Timişoara.

Achtungsvoll geben wir Ihnen bekannt, dass Sie gelegentlich der im August laufenden Jahres abgehaltenen rumänischen Sprachprüfung durchgefallen sind.

Im Sinne der Verordnung Nr. 186.020/1934 vom Unterrichtsministerium können Sie vom 1. Januar 1935 an nicht mehr am Unterricht teilnehmen.

Timişoara, 24. November 1934.

Evutian — Chef-Inspektor.

Cioate — Inspektor.

*

Ueber die Art dieser Prüfungen berichtet in einen Leitaufsatze des „Siebenbürgisch-Deutschen Tagblatts" der Leiter desselben H. Plattner in folgender Weise: Abgesehen aber von der Zahl derjenigen, die in diesen Prüfungen durchgefallen sind, und abgesehen davon, wie viele ihr Prüfungsergebnis werden verbessern können oder nicht, muss doch mit aller Entschiedenheit die Härte bekämpft werden, mit der diese Prüfungen des vergangenen Sommers ins Werk gesetzt wurden... Wenn wir von unseren Lehrern verlangen, dass sie in der Aneignung und in der Bewahrung ihrer Kenntnisse dem Staate geben, was des Staates ist, dann sind wir auch zu der anderen Forderung berechtigt, dass der Staat ihnen diejenige Sicherung ihrer Rechte voll zuerkennen möge, die in den grundlegenden Staatsgesetzen über das Schulwesen vom Jahre 1928 niedergelegt sind. In demselben Leitaufsatze ist festgestellt, dass die Bestimmungen der erwähnten grundlegenden Gesetze über das Schulwesen nicht berücksichtigt worden sind.

Eine wichtige Entscheidung für das Minderheiten-Schulwesen.

Das Oktoberheft des Journal Officiel veröffentlicht auf Seite 1241 den Brief, den das Fünfer-Komitee des Völkerbundsrates auf Grund seiner Untersuchung über die Lage des Schulwesens der deutschen Volksgruppe in Polen an die polnische Regierung gewandt hat. Das Dokument, das zu einer grossen

Zahl von Schulpetitionen Stellung nimmt, enthält eine Reihe von Feststellungen, die verdienen, auch weiteren Kreisen bekanntgegeben zu werden. Das Fünfer-Komitee hat nach vielen Richtungen hin zweifellos die Beschwerde, die die wichtigsten Interessen der deutschen Volksgruppe betrifft, mit grosser Aufmerksamkeit behandelt. Ein wesentlicher Fortschritt für jede Volksgruppe ist es, dass das Komitee den Satz aufstellt, es könne nicht als angemessene Erleichterung im Sinne des Artikels 9 des Vertrages für eine Volksgruppe angesehen werden, wenn der Unterricht, in dem die Minderheitssprache als Unterrichtssprache Verwendung findet, nur auf bestimmte Nebenfächer beschränkt ist. Das Komitee hat weiter festgestellt, dass zumindest in einigen Kreisen der Wojwodschaft Pommerellen, die einen wesentlichen Teil des sogenannten Korridorgebiets darstellt, die Anwendung des Artikels 9 in Bezug auf den Unterricht in der deutschen Sprache unbefriedigend ist. Das Komitee hat zwar vermieden, formell einen Bruch des Artikels 9 festzustellen, konstatiert aber immerhin eine beträchtliche Abweichung von diesem Artikel in der Handhabung der polnischen Behörden.

Wichtig ist, dass in diesem Zusammenhange das Komitee eine Untersuchung über den Begriff „Beträchtliches Verhältnis" der Minderheitsbevölkerung zum Staatsvolk anstellt. Die Ausführungen des Komitees lassen erkennen, dass ein Anteil der Minderheitenbevölkerung von über 10 % in einem Verwaltungskreise als ein beträchtliches Verhältnis im Sinne des Artikels 9 angesehen werden muss. In diesem Zusammenhange verdient auch hervorgehoben zu werden, dass das Komitee den Standpunkt vertritt, dass es eine Verletzung des Artikels 9 darstellen würde, wenn die Abgrenzung der Schulbezirke willkürlich erfolge, um die Zahl 40, die als Grundzahl für eine Minderheitenklasse allgemein angesehen wird, künstlich zu unterschreiten.

Überaus wertvoll sind die Ausführungen, die das Komitee zur Frage der Loyalität der Lehrer gegenüber dem polnischen Staat macht. Es ist bekannt, dass gerade dieser Punkt in dem Kampfe um die deutsche Schule eine besonders ernste Rolle gespielt hat. Das Komitee erklärt, dass die Zugehörigkeit zu einer Minderheit, das Sprechen einer Minderheitssprache, sowie die Verteidigung der Interessen der Minderheit und das Nichtbeherrschen der polnischen Sprache in keinem Falle als Grund gelten darf, um einen Lehrer der Illoyalität zu beschuldigen.

Besonders interessant ist es, dass das Komitee sehr nachdrückliche Vorhaltungen der polnischen Regierung in diesem Zusammenhange darüber macht, dass die Aberkennung der Loyalität gegenüber den deutschen Lehrern ohne schriftliche Begründung erfolgt. Das Komitee weist mit vollem Recht darauf hin, dass derartige Entscheidungen in der deutschen Minderheit zwangsläufig das Gefühl der Benachteiligung durch die Behörden erwecken und daher die Minderheit veranlassen werden, gerade in diesen Fällen eine Nachprüfung der Entscheidung durch den Völkerbund erbitten.

Bei Anerkennung dieser positiven Seiten der Entscheidung darf aber nicht übersehen werden, dass leider die Entscheidung des Komitees in mancherlei anderer Hinsicht zu wünschen übrig lässt. Es ist überaus bedauerlich, dass das Komitee insbesondere hinter assen hat, die starken Widersprüche aufzuklären, die zwischen den Angaben der Beschwerdeführer und den Behauptungen der polnischen Regierung über die Zahl der nicht deutsch beschulten Kinder bestehen. Das Komitee hätte, wenn es, statt den Angaben der polnischen Regierung unbesehen Glauben zu schenken, in eine Nachprüfung eingetreten wäre, leicht feststellen können, dass die Beschwerdeführer nach dem eigenen Grundsatz des Komitees mit Recht diejenigen Kinder als nicht deutsch beschult zählen, bei denen die deutsche Sprache lediglich in einigen Nebenfächern als Unterrichtssprache gilt. Ebenso wäre es dem Komitee leicht möglich gewesen, festzustellen, dass die Behauptungen der polnischen Regierung, Minderheitenschulen würden nur dann geschlossen, wenn zwei Jahre nacheinander die Zahl der Kinder in der Gemeinde unter 40 betragen habe, ebensowenig stimmt, wie die Behauptung, dass die deutschen Schulkinder einer geschlossenen deutschen Schule nur dann in die nächstliegenden polnischen Schulen geschickt würden, wenn keine deutschen vorhanden seien. Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn das Komitee statt auf Entgegennahme von Erklärung der polnischen Regierung sich zu beschränken, bei der Wichtigkeit der Materie Untersuchungen an Ort und Stelle angestellt hätte.

Besonders bedauerlich ist es, dass das Komitee die auf die Schulverhältnisse in Kongresspolen bezügliche Beschwerde nicht zum Anlass genommen hat, um festzustellen, dass die durch Fortnahme wertvoller Schulhäuser bewirkte vermögens-

rechtliche Schädigung der deutschen Minderheit eine Verletzung der Gleichberechtigung bedeutet.

Besondere Bedeutung gewinnt die Veröffentlichung des Briefes des Fünfer-Komitees dadurch, dass diesem Komitee die Vertreter von Frankreich, Grossbritannien, Dänemark, Spanien und Mexiko angehörten und dass dieser Brief gerade jetzt veröffentlicht worden ist, wodurch der bekannte polnische Vorstoss gegen die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages die polnische Minderheitenpolitik besonders stark in die allgemeine Diskussion gerückt worden ist.

Declarația parlamentară a Partidului Maghiar.

Conducătorii Partidului Maghiar au propus delegarea unei comisiuni parlamentare, care va asculta dorințele minorității maghiare și care să elaboreze un program în chestia minoritară.

În numele Partidului Maghiar propunerea aceasta a expus-o D-l I. Willer în Cameră și D-l E. Gyárfás în Senat.

Iată cele două cuvântări:

D-l I. Willer:

Domnule Președinte! Domnilor Deputați!

Ani de ani, cu ocazia discuției la Mesaj, reprezentanții tuturor partidelor se perindă la această tribună pentru a-și desvolta concepția lor politică. Cu acest prilej majoritatea folosește ocaziunea pentru a-și manifesta în mod solemn credința ei în guvern, iar opoziția, pentru a enumera greșelile și omisiunile guvernării, făcute de majoritate, pe care o găsește neaptă de a mai conduce cârma țării. Chiar și partidele popoarelor minoritare au luat parte totdeauna la această discuție, înșirând doleanțele și revendicările cele mai arzătoare, redactate în forma unei declarațiuni concise.

Domnilor, examinând în mod cumpătat drumul bătut până acum, atât de majoritate cât și de minorități, trebue recunoscut, că acesta nu ne-a adus la nici un rezultat. Guvernul nu s'a întărit prin glorificările partizanilor, dar nici nu s'a resimțit de

atacurile elocvente ale adversarilor şi nici declaraţiunile noastre nu au schimbat întru nimic starea popoarelor minoritare. Un singur glas nefavorabil în presă, un singur atac intolerant ne-a făcut mai multe pagube de cât au putut folosi protestările noastre; şi deoarece atacurile devin tot mai dese, iar atmosfera politică e tot mai apăsătoare şi soartea minorităţilor devine din ce în ce mai deplorabilă.

Vorbind de minoritatea maghiară, tristul adevăr este că viaţa noastră e determinată de împrejurări, asupra cărora tocmai noi nu avem nici o influenţă. Fac aluzie înainte de toate la politica externă, a cărei oscilaţii în primul rând le resimţim şi chiar le suferim noi. Soartea maghiarimei din România a devenit o simplă anexă în fluctuaţiunile politicei externe, cu toate că fiecare politician român obiectiv trebue să recunoască, că fruntaşii populaţiei maghiare de aici, niciodată nu au ventilat iluzia unor eventualităţi; din contră, cu consecvenţă de fier, ne menţinem pe câmpul realităţilor şi poporul însuşi dă dovada de o mare sobrietate. Dar nici atât nu este deajuns, nu simţim nici căldură amicală, nici înţelegere şi avem impresia, că suntem trataţi drept nişte ostateci într'un războiu care s'a terminat de mult, sau care încă nici nu a izbucnit. S'a pretins ici şi colo, se pretinde probabil chiar şi astăzi dela noi o atitudine, care întrece obligaţiunea firească, chiar şi a fidelităţii şi a lealităţii. Cu alte cuvinte o atitudine, prin care deoparte să fim siliţi să desaprobăm în mod brutal pe proprii noştri consângeni, pe de altă parte ne-ar expune la tot dispreţul, fără de a avea măcar cea mai mică speranţă de un rezultat pozitiv, ca răsplată a acestui rol dezonorant. Deci situaţia noastră este pe cât de delicată, tot atât de gravă. Economia noastră s'a prăbuşit şi aceasta nu este numai o simplă consecinţă a crizei mondiale, ci în bună parte se datoreşte tratamentului vitreg aplicat minorităţilor. Din funcţiunile publice suntem eliminaţi şi acum chiar şi în domeniul economiei private, toate poziţiile noastre sunt periclitate. Bătrânii duc mizerii, pe când posibilitatea de plasare a copiilor a scăzut la minimum. Am fi un partid politic, preocupat de problemele naţionale, etnografice, culturale; din păcate însă situaţia s'a înrăutăţit în aşa măsură, că aproape toată activitatea noastră se iroseşte cu problema apăsătoare a grijelor de toate zilele. Nu mi se pare exagerată afirmaţiunea, că cele expuse se potrivesc şi celorlalte partide minoritare.

Domnilor, simțim o gravă răspundere, care ne face să constatăm, că azi nu mai putem fi mulțumiți cu o declarațiune sterilă fără rezultate practice. Domnilor Deputați, trebue să se întâmple ceva, atât din partea Dvs., cât și din partea noastră. După chibzueli îndelungate și după serioase consfătuiri Partidul Maghiar m'a trimis pe mine la tribuna țării, ca în numele maghiarimei, nu numai să vă expun actuala situație ci să vă și fac o propunere spre a remedia această situație. Vă rog, să binevoiți a mă asculta cu aceleași bune intențiuni, care ne-au sugerat ideea propunerei noastre.

*

Am bate la uși deschise, risipind prea multe argumente pentru teza, că prin calmarea spiritelor și prin ameliorarea situației materiale a minorităților servim un interes primordial al statului și a națiunei române, căci prin aceasta apropiem țara de o epocă mai fericită a păcii interne, a consolidării și a desvoltării armonice. Marea însemnătate a problemei minoritare a fost recunoscută de toate partidele, cari erau încredințate până în prezent cu conducerea țării. Domnii mareșal Averescu și Octavian Goga deja în 1923 au încheiat cu noi mult discutatul pact dela Ciucea. Partidul liberal îndată ce a revenit, în 1927, la guvern, a creat o comisie specială pentru studierea problemei minoritare și unul dintre cei mai însuflețiți colaboratori al acestei comisiuni era însuși Dl. Ghoorghe Tătărescu, actualul președinte al consiliului de miniștri. Tot asemenea și partidul Național Țărănist a avut în vedere soluționarea acestei probleme, când l-a trimis pe Dl. deputat Ghiță Pop, fost subsecretar de stat, într'un voiaj de studiu pentru a întocmi un anteproiect de lege al minorităților. Dl. Nicolae Iorga marele dascăl al națiunii, fost președinte al consiliului de miniștri, întotdeauna a accentuat importanța valoarei culturale a minorităților și pentru administrarea chestiunilor minoritare a luat colaboratori dintre politicieni și specialiști minoritari. Dacă aceste proiecte n'au avut rezultatul dorit, se explică în primul rând prin faptul, care și din punct de vedere general este o greșeală fundamentală și anume: lipsa de continuitate în guvernarea țării. Guvernele se schimbă ani de ani; timp de 8 ani dela 1926 încoace, am avut 6 alegeri generale, 10 primminiștri, iar schimbările survenite în jurul diferitelor portofolii nici nu se pot ține în evidență. Acești politiciani aveau concepțiuni diametral opuse și critica nemiloasă a

activității lor în loc de obiectivitate de multeori era inspirată de interese de partid.

Se creiază prin acest sistem primejdios o nesiguranță generală, dar paguba cea mai mare o suportăm noi, minoritarii și instituțiile noastre. Protestele pentru apărarea drepturilor noastre sunt greșit interpretate, chiar și factorii guvernamentali cu un orizont mai larg și intențiuni frumoase, se simt intimidați prin intoleranța opiniei publice. Alte partide minoritare au încercat atenuarea situațiunii lor precare prin carteluri electorale. Nu ne vine să credem că au găsit prea mulțumitoare rezultatele obținute, ne mai vorbind de animozitatea firească, provocată de aceste colaborări electorale în sânul alegătorilor opoziționiști români. Iar promisiunile date atât de solemn nu erau luate în serios nici de guvernele respective. Chiar dacă au intenționat soluționarea unor chestiuni, nici un guvern n'a avut timp suficient pentru o muncă mai serioasă; scurtul timp ce le-a stat la dispoziție, era preocupat de interese de partid, momentan mai importante și când s'ar fi putut ocupa de noi, au trebuit să cedeze deja locul altora și sbuciumul nostru nenorocit a început din nou. Așa se amână din an în an punerea la ordinea de zi a problemei minoritare. Conducătorii diferitelor fracțiuni sunt vizitați și consultați chiar și în mici chestiuni de detaliu, părerea fiecăruia este importantă, însă partidele minoritare, care reprezintă massă de milioane, niciodată, de nici un guvern timp de 5 ani nu au fost chemate la masa verde. Trăim în stat fără ca cineva să fie curios, oare cum trăim? Această neglijare jignitoare ne dispensează de orice responsabilitate, dacă frazele de apropiere, declamate de obiceiu cu ocazia festivităților, rămân foarte departe de trista realitate a vieții zilnice.

Schimbarea anuală a normelor de guvernământ, întreruperile dese în funcționarea aparatului de stat, reînoirea neîncetată a plângerilor și pe lângă toate acestea înrăutățirea stării poporului, ne-a luat speranța ca pe lângă sistemul actual să putem ajunge la vre-o îndreptare. Presupunând că guvernul actual, ori vre-un urmaș sprijinit de majoritatea parlamentului ar recunoaște seriozitatea situațiunii și ne-ar întinde mâna prin alcătuirea mult discutatei legi a minorităților, ori prin măsuri corespunzătoare și eficace; cine ne-ar asigura că urmașul ar respecta măsurile luate și după un scurt timp n'am fi siliți de a reînoi lupta zadarnică?

Domnilor, dacă într'adevăr dorim să rezolvim această problemă spre mulţumirea tuturora, trebue să o scoatem din luptele mărunte ale vieţii politice, din jocurile funeste ale târguelilor electorale şi *toate partidele guvernamentale trebue să cadă de acord asupra principiilor unei politici minoritare umane şi unitare, făgădu nd că ajuns la cârmă, le vor respecta cu toţii aceste principii.*

Deci în numele şi din încredinţarea partidului maghiar am onoare a vă propune să binevoiţi a compune o comisie de anchetă parlamentară cu concursul tuturor şefilor de partide. Această comisie să asculte propunerile reprezentanţilor partidelor minoritare, examinând dacă aceste propuneri concordă cu interesele statului sau ale naţiunei române şi să prezinte parlamentului ori guvernului proiecte de legi sau măsuri guvernamentale pe care le va găsi potrivite pentru a asigura popoarelor minoritare o viaţă suportabilă şi o convieţuire armonică cu poporul majoritar al acestei ţări.

Suntem în deplină cunoştinţă asupra importanţei acestei propuneri, având fermă convingere că această importanţă o va simţi şi on. guvern şi fiecare membru al acestui parlament. Nici nu ne putem închipui că pentru studiul aprofundat şi conştiincios a unei probleme atât de importante să nu se facă uz de un instrument parlamentar, care s'a pus la dispoziţie cu atâta grabă şi politeţă examinării afacerei Skoda sau neregulelor de la Monitorul Oficial. Vă asigur D-lor deputaţi, că, dacă după atât timp ne veţi asculta, veţi vedea, cât de simple sunt cerinţele noastre şi cu puţină bunăvoinţă vom putea apropia popoarele avizate unu la altul conform situaţiei etnografice, geografice şi economice a Europei. Statele pot încheia tratate internaţionale, cari în aparenţă le pun la adăpost în contra atacurilor de din afară, noi totuşi suntem de părere, că este o adevărată sinucidere atât din partea poporului majoritar, cât şi a minorităţilor, dacă în locul unei împăcări sincere vor continua cu atitudinile duşmănoase. Pentrucă aşa nu vom putea rezista în contra presiunei forţelor incomparabil mai tari.

În caz dacă onor. Cameră ar fi dispusă să primească propunerea noastră de importanţă istorică, cu onoare vă rugăm să binevoiţi a o menţiona şi în textul răspunsului la mesaj. Căci oricât de mare eficacitate s'ar atribui celorlalte mijloace pentru apărarea ţării noi avem ferma convingere, Domnilor, că toate

aceste măsuri vor fi întrecute de hotărârea care ne face posibil crearea și consolidarea păcii interne.

D-l E. Gyárfás:

În cursul celor 9 ani, de când sunt neîntrerupt membru al acestui Senat, am ținut în fața D-lor Voastre cel puțin zece discursuri la mesaj, examinând pe larg toate problemele, pe care le-a înșirat mesajul și — împreună cu colegii mei — ne-am dat toată silința să contribuim și noi cu experiențele și cunoștințele noastre la soluționarea lor.

Cred, că am făcut prin aceste discursuri servicii reale și intereselor obștești ale țării și poporului nostru, al cărui soartă este strâns legată de propășirea țării întregi.

Pe lângă aceste probleme generale, ne-am ocupat totdeauna și cu doleanțele noastre speciale minoritare, stăruind să câștigăm prieteni din rândurile Domniilor Voastre, pentru poporul nostru, pentru cultura și desvoltarea lui și a ușura în acest fel situația grea, în care am ajuns în urma unor fatalități, pe care le voi desvolta pe scurt.

Cu ocaziunea aceasta trebue să părăsesc drumul, urmat până acum, deoarece propunerea, care s'a făcut alaltăeri din partea partidului nostru la Cameră, este de așa o importanță covârșitoare, încât toate celelalte chestiuni trec în planul al doilea și apar numai ca banalități față de pasul — credem — istoric, care s'a făcut acum în numele maghiarimei din România.

Avem impresia, că am micșora și am reduce importanța acestei propuneri de destindere și de armonie frățească, dacă ne-am ocupa acum cu unele doleanțe speciale minoritare și — poate — am putea provoca chiar discuțiuni nedorite, acum, care ar strica atmosfera, pe care dorim să se creeze în jurul acestei propuneri.

Abandonând deci cu această dată forma și conținutul obișnuit al discursurilor la mesaj, mă mărginesc la susținerea propunerii noastre importante, invocând pe scurt imprejurările și motivele, care ne-au sugerat acest pas.

Am propus la Cameră — și propunem și aici la Senat — examinarea și soluționarea problemei noastre minoritare prin o anchetă parlamentară, cu reprezentarea tu uror partidelor românești, din trei motive principale.

1. Ca să scoatem politica minoritară a Statului Român și

în special atitudinea conducătorilor țării față de minoritatea noastră maghiară din luptele partidelor politice.

2. ca să facem independentă situațiunea minorității maghiare din România de situația internațională trecătoare și de raporturile internaționale mai bune sau mai incordate.

3. și, în sfârșit, ca să creem sau — mai bine zis — să restabilim armonia sufletească și conviețuirea prietenească atât de necesară.

1. Nu este vina noastră, ci se datorește unor fatalități istorice, că problema minoritară și în special, cea maghiară a devenit la noi o armă de luptă a partidelor politice, că sa'u făcut târgueli, afirmativ chiar supralicitări, de fapt mai mult sublicitări pe această temă între partidele noastre conducătoare.

Intrarea noastră în viața politică a României s'a făcut deja cu mari greutăți.

Din unele considerente juridice — toate explicabile și psihologește — minoritatea maghiară a rămas în pasivitate politică până la ratificarea tratatelor de pace și în consecință n'a putut ocupa cu ocaziunea primei instalări, locul și poziția, care îi cuvinea și care — cred — îi ar fi fost cedată la început fără orișice greutate.

După ratificarea tratatelor, la începutul anului 1921, când episcopii noștri au depus pe rând jurământul de credință, guvernul Averescu de atunci, a manifestat față de noi o atitudine, care ar fi fost aptă să îndrepte atmosfera nefavorabilă de mai înainte.

Durere — un an mai târziu, la alegerile din 1922, unde candidaturile noastre au fost aproape toate respinse — speranțele noastre abea născute au fost zdrobite și neputând întra cu o reprezentanță corespunzătoare în parlamentul constituant, neam dat seama, că avem absolută nevoe de un bilet de intrare în viața publică a României, girat de o personalitate, care stă deasupra tuturor bănuelilor și prin autoritatea sa, ne poate asigura o primire binevoitoare.

Așa o personalitate era generalul Averescu, eroul de la Mărășești, care a manifestat și sub guvernarea sa anterioară o bunăvoință netăgăduită și care era condus în această chestiune șl de sfetnicul său ardelan, dl. O. Goga.

Din aceste considerente, ne-am înțeles cu D-nii Averescu și Goga și am încheiat celebrul pact — zis dela Ciucea —

care ne-a asigurat în cartel cu guvernul, o reprezentare corespunzătoare în parlament şi satisfacerea doleanţelor noastre principale, în schimbul cărora noi am asigurat incadrarea noastră loială în viaţa publică a României.

Intrând în parlamentul din 1926, am constatat cu durere, că pactul nostru, atât de motivat şi necesar din punct de vedere *general* ne-a adus un foarte mare *desavantaj tactic.*

Partidele din opoziţie – şi în special cele două partide mari, liberal şi naţional – nu ne-au putut ierta, că am asigurat prin concursul nostru guvernului şi adversarilor lor politici un succes electoral uşor şi insemnat în Ardeal, ne-au primit cu o ostilitate vădită şi au creat în contra noastră şi – ceeace era şi mai grav – şi în contra justelor şi modestelor noastre dorinţe – o atmosferă înghetată, care a impiedicat realizarea promisiunilor făcute.

Am tras consecinţele şi am evitat la alegerile următoare a sprijini un partid românesc contra celuilalt şi a provoca astfel ostilităţi şi ne-am dat toată silinţa, să câştigăm prietenia tuturor partidelor serioase.

Durere, această stăruinţă n'avea un succes desăvârşit şi am putut obţine cel mult unele ameliorări, în fond însă atmosfera a rămas încărcată, mai ales din cauza naţionalismului exagerat, care captivase de an în an mai mult spiritelele în toată Europa. Aşa am ajuns în situaţia, că partidele îşi aruncase reciproc în faţă bănueli, invinuiri şi acuzări la ori ce pas, când vreunul manifestase o atitudine mai îngăduitoare faţă de noi.

Ne-am dat seama, că nu ne vom putea înţelege niciodată cu un singur partid sau cu un singur guvern - şi chiar dacă am face-o, n'ar fi durabilă – ci trebue să căutăm o înţelegere în acelaş timp şi concomitent cu toate partidele româneşti.

Acesta era primul motiv pentru care am solicitat în această chestiune o comisiune parlamentară, cu reprezentarea tuturor partidelor de seamă.

2. Al doilea motiv este poate şi mai important.

Am constatat cu mare regret, ce influenţe exercită asupra situaţiei noastre, raporturile internaţionale şi în special cele faţă de Ungaria.

Relevez un singur fapt:

Sub guvernarea trecută, când s'a votat aici convenţiunea şcolară româno-jugoslavă şi eu cerusem pe seama noastră ace-

laș tratament, care se asigurase sârbilor din Banat, dl. Iorga, spunea că îl vom obține, dacă Ungaria va avea aceeași atitudine față de România, ca Iugoslavia.

Am protestat imediat și spuneam, că tratamentul, adoptat față de o minoritate etnică, nu poate fi pus în legătură cu raporturile internaționale, ci trebue să fie condus numai după principiile politicei interne.

Susțin în principiu și azi teza mea, ba și aș dori chiar s'o subliniez, dar cu toate aceste principii, văzusem și simțisem cu multă durere și ingrijorare, încordarea crescândă și față de noi în măsura încordării raporturilor internaționale.

Or, noi am tras toate consecințele, când am devenit cetățeni acestei țări. Noi nu dorim să fim marfa de târguială la unele negocieri internaționale, dar tot atât de puțin dorim, să purtăm răspunderile și consecințele actelor și faptelor altora, decât acelora, pe care minoritatea maghiară din România ea însăși a încredințat să se pronunțe și să procedeze în numele ei și cari sunt în deplina conștiință răspunderii care apasă pe umerii lor.

Din partea conducătorilor poporului nostru nu s'a înregistrat în timp de 16 ani vre'un act, care ar justifica bănueli, sau chiar măsuri respective.

Noi dorim, deci să reglementăm aici acasă, leal și definitiv situația, așezarea și raporturile noastre cu poporul românesc și dorim din toată inima, ca această problemă să fie scoasă odată pentru totdeauna din șirul problemelor internaționale litigioase, ca să nu mai fie cauza de încordare, ci noi, populația maghiară a României să fim mijlocul de apropiere între aceste două nobile popoare, fiind în primul rând interesul nostru ca ele să se înțeleagă.

Acesta era al doilea motiv al propunerii noastre.

3. Al treilea motiv este consecința inevitabilă a celor precedente.

Noi constatăm cu mare durere, că cu fiecare zi ce merge, prăpastia sufletească între noi devine tot mai largă și adâncă și această despărțire îngreuiează tot mai mult conviețuirea armonioasă și prietenească.

Nasc și prind rădăcini terorii și mentalități care se întăresc în convingeri, se propag tendințe și se manifestă stăruințe,

care îndepărtează sufletele şi se le umplă cu amărăciune deopotrivă.

N'aşi vrea, ca în discursul meu, destinat armoniei şi înţelegerii, pe care a-şi dori să-l rostesc până la sfârşit în spiritul împăciuitor al Crăciunului care se apropie, să jignesc vre'o sensibilitate şi să provoc o discuţie nedorită, mă abţin deci să enumăr detalii în această privinţă, evocând o singură din aceste teorii greşite şi regretabile şi aici sper, că voi avea tot sprijinul D-lui Iorga, care a arătat foarte frumos într'o broşură, nu de mult apărută, cât de greşită este din punct de vedere istoric teoria — devenită aproape proverbială — despre duşmănia afirmativă milenară a naţiilor, români şi maghiari, când de fapt trecutul ne dă cel puţin tot atâtea puncte de prietenească colaborare.

De fapt, Ardealul este un petec de pământ, unde se impune înţelegere frăţească a fiilor lui, deoarece aşezarea topografică a diferitelor popoare nu face posibilă o despărţire desăvârşită a lor.

Or, această înţelegere frăţească trebue să pornească de sus în jos şi aceasta a fost al treilea motiv principal al propunerii noastre.

Am să mai reflectez la unele obiecţiuni, care puteau fi ridicate şi s'au şi ridicat chiar, în contra propunerii noastre.

a) Se spune că poporul maghiar are reprezentanţi în parlament, cari pot formula în faţa acestui for suprem toate dorinţele. Este adevărat. Am arătat însă motivele, pentru care expunerile noastre de acest fel n'au avut în majoritatea cazurilor răsunetul dorit la conducătorii partidelor noastre politice. Pe lângă aceasta, problema minoritară şi în special deslegarea amănuntelor acestei probleme nu se poate face, decât într'un cerc mai restrâns şi intim, compus din bărbaţi de stat, cari cunosc şi recunosc gravitatea problemei şi îşi dau silinţa, să se ocupe de mai aproape şi în amănunte cu soluţiile posibile.

b) Se spune, că Statul Român acordă tuturor cetăţenilor minoritari aceleaşi drepturi şi datorii, ca şi cetăţenilor majoritari, deci regimul minoritar n'are nevoe de modificări. Cunoaştem şi noi aceste principii, consfinţite prin Constituţia ţării. Dar nu este vorba de *formularea* ci de *aplicarea* acestor principii.

c) Se spune mai departe — ziarul Universul de azi îşi exprimă această bănuială — ca nu cumva această propunere ne-a fost sugerată din străinătate, deoarece la Geneva s'a pus

acum din nou pe tapet problema minoritară din România? Față de această învinuire, trebue să invoc motivul al doilea, desvoltat mai sus, prin care am arătat, că scopul nostru este chiar scoaterea acestei chestiuni din șirul problemelor internaționale.

Noi credem, că facem un serviciu real și țării și poporului nostru, când am prezentat D-lor Voastre propunerea noastră, pe care o considerăm, ca un pas istoric. Sperăm, că inițiativa noastră, pornită dintr'o bună credință, curată, va fi înțeleasă de Domniile Voastre și în special, sperăm, că conducătorul departamentului externelor, dl. Titulescu, care este obișnuit să privească problemele dintr'un punct de vedere mai superior și ridicat pe deasupra răfuelilor zilnice, va înțelege și importanța ei și foloasele pe care le va putea aduce.

Chestiunea Skoda a frământat luni dearândul opinia publică și o comisiune numeroasă a sacrificat multă muncă pentru examinarea ei. Noi nu cerem nici publicitatea comisiunei Skoda, nici amploarea lucrărilor ei. Cerem numai o atențiune binevoitoare și suntem convinși, că vom putea găsi drumul înțelegerii fecunde.

Guvernul face enorme sforțări pentru succesul împrumutului de inzestrare a țării. Noi credem, că prin acceptarea propunerii noastre, Domniile Voastre veți inzestra țara aceasta cu un cadou de Crăciun de incomparabilă valoare: cu împăcarea sufletească a sutelor de mii de cetățeni.

În speranța, că propunerea noastră va fi primită, cerem ca în proectul de răspuns la mesaj să fie ulterior întrodus și admiterea în principiu al propunerii noastre.

Die Sperrung der katholischen Schule von Csikcsatószeg.

Von den, zu Beginn des Schuljahres angehäuften Klagen um das Unterrichtswesen war vielleicht die schmerzlichste, dass der Revisor des Komitates Csik ohne jegliche vorhergehende Anzeige und bei Verletzung der §§ 83–85 des Privatunterrichtsgesetzes kurzerhand die katholische Schule von Csikcsató-

szeg, die auf mehr als 50-jährige Vergangenheit zurückblickt, mit dem Vorwand sperren liess, dass der Oberlehrer dieser Schule, Stefan Borbáth den Kindern unter Androhung von Schlägen verbot, rumänisch zu lernen und während eines Schulausfluges im Mai die Schüler angeleitet habe, auf grüne Zweige weisse und rote Bänder zu knüpfen, um auf diese Weise gegen den rumänischen Staat zu demonstrieren.

Als die bischöfliche Oberbehörde von der Anklage Kenntnis nahm, suspendierte sie den Oberlehrer Stefan Borbáth und ordnete strengste Untersuchung gegen ihn an.

Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, dass bei dem im Mai veranstalteten Schulausflug der Oberlehrer gar nicht mit den Kindern gemeinsam ausgerückt war, denn diese gingen zu Fuss in den Wald und zurück, er aber brachte ihnen mit Wagen auf einem anderen Wege die Lebensmittel nach, konnte ihnen also unmöglich die Weisung zum Schmücken der grünen Zweige gegeben haben. Diese letztere Feststellung bestärkten alle Zeugen, – darunter auch der Gendarmerie-Wachtmeister, – einstimmig und sagten, die geschmückten Zweige seien nicht nur weiss und rot, sondern auch mit gelber und blauer Farbe geputzt gewesen und hätten nicht das Aussehen gehabt, als wollten sie die ungarischen Nationalfarben hervorheben.

Als noch unbegründeter ergab sich die andere Anklage, wonach der Oberlehrer den Kindern Schläge angedroht haben soll, wenn sie rumänisch lernen, es ergab sich vielmehr, dass der Oberlehrer aus eigenem Fleiss die rumänische Sprache im Altreich sehr gut erlernt hatte und auch in deren Unterricht schöne Fortschritte der Schüler aufweisen konnte.

Auf Grund obiger Festsellungen wurde das Disziplinarverfahren gegen Oberlehrer Stefan Borbáth fallen gelassen.

Die Frage der Neueröffnung der auf diese Weise grundlos gesperrten Schule gelangte am 16. November vor dem ständigen Rat des Unterrichtsministeriums zur Verhandlung. Im Namen der schulerhaltenden Oberbehörde erschien Senator Elemér Gyárfás und unterbreitete dem Rat die Schriften der durchgeführten Untersuchung, wonach der ständige Rat die sofortige Wiedereröffnung der Schule anordnete.

Da nun auf diesem Wege die Wegnahme der Schule von Csikcsatószeg nicht gelang, so versuchte man mit praktischem

Sinn eine andere Methode. Der Herr Notär Emerich Pop Báldi, der dieses Amt nicht nur in Szentsimon, sondern auch in Csikcsatószeg versieht, erinnerte sich eines, in Szentsimon schon erprobten Verfahrens: Beschlagnahme der Schule mit Assistenz der Gendarmerie.

Am 23. November ging Notär Pop Báldi von zwei Gendarmen begleitet geradenwegs zum katholischen Schulhaus von Csikcsatószeg, nahm von dessen Front die Aufschrift ab und liess diese der Staatsschule anbringen.

Pfarrer Ladislaus Todor erhob mit zwei Zeugen: Ignaz Fazekas und Emerich Györffy sofort Protest gegen das gesetzwidrige und gewaltsame Vorgehen und erklärte, er werde sofort die Anklage gegen den Notär und die Gendarmen wegen Besitzstörung erheben. Der Notär antwortete, er habe dies aus Staatsinteresse unternommen, der Pfarrer möge machen, was er wolle. Obendrein forderte er noch den Pfarrer auf, die ganze Einrichtung nach Inventar sofort zu übergeben. Pfarrer Todor erwiderte: „Diese Schule ist, samt aller Einrichtung unser Eigentum und ich übergebe nichts."

Notär Pop Báldi liess daraufhin die Türen und den Eingang der Schule mit Schlössern versehen und um 2 Uhr nachmittags zog Schuldirektor Stefan György, der bisdahin in einem Privathaus staatlichen Schulunterricht hielt, samt seinen Schülern im katholischen Schulhaus ein.

Pfarrer Todor, Kaplan Walentin Szabó und Oberlehrer Stefan Borbáth verwahrten sich wiederholt energisch gegen die Beschlagnahme, worauf Direktor György sich damit rechtfertigte, er sei auf Verordnung des Schulinspektorates eingezogen. Der Pfarrer erklärte hierauf, er werde auch gegen ihn Klage wegen Besitzstörung erheben.

Aus dem „Memorandum“ der Rumänen.

Es sind jetzt 40 Jahre her, dass die Rumänen Siebenbürgens das bekannte „Memorandum“ an Kaiser und König Franz Josef richteten, in dem sie Beschwerde über das Verhalten der ungarischen Verwaltung ihnen gegenüber führten. Es drängt sich von selbst der Vergleich auf zwischen dem Kampf der Rumänen Siebenbürgens um ihre Nationalitätenrechte in der Vergangenheit und dem Kampfe, den die Minderheiten Rumäniens gegenwärtig um ihre Rechte führen müssen. Es ist bekannt, dass die Bestrebungen einer Entnationalisierung der Minderheiten vielfach das Schulwesen derselben, das schwere Schädigungen erlitt, betrafen.

Aus dem erwähnten Memorandum der Rumänen Siebenbürgens führen wir die folgenden Aeusserungen an: „. . . in der ganzen Welt unerhört ist im Gesetz die Bestimmung aufgenommen, dass die Lehrer an konfessionellen Schulen gehalten sein sollen, sich in bestimmten Terminen die magyarische Sprache anzueignen, wenn sie nicht ihres Amtes entsetzt sein wollen . . . Wohl haben gegen diese Bestimmungen von Seiten der Rumänen die Oberhäupter der griechisch-orientalischen und der griechisch-katholischen Kirche Beschwerde eingelegt, und auch einige Abgeordnete haben im ungarischen Reichstag ihre Stimme erhoben, um auf die Ungerechtigkeit und den Zwang, der den Rumänen gegenüber ausgeübt wird, so wie auf den Angriff, der durch diese Bestimmungen, die eines unserer teuersten Güter, die Sprache, an der wir mit allen Fasern unseres Seins hängen, und unsere Religion und kulturellen Rechte antasten, hinzuweisen . . . Diese Beschwerden, trotzdem sie durch reifliche Erwägungen gestützt waren, sind jedoch ohne Resultat geblieben . . . Nachdem das Gesetz geschaffen war, wurden Lehrer und Schüler gezwungen, die meiste Zeit des Schulbesuches auf die Erlernung einer ihnen völlig fremdklingenden Sprache zu verwenden, nach der sie in ihrem alltäglichen Leben niemals Bedürfnis fühlen . . .“

In dem Memorandum heisst es an anderer Stelle: „Die

Rumänen haben in sehr schweren Zeitumständen ihre Nationalität gewahrt und werden sie auch im Kampfe mit dem gegenwärtigen Regierungssystem wahren. Dieser Kampf aber behindert sie in ihrer natürlichen Entwicklung, erfüllt sie mit Bitterkeit und entfremdet sie immer mehr von ihren magyarischen Mitbürgern ... Es war und ist Bürgerpflicht, diesem Ansturm gegenüber Verwahrung einzulegen, und wir sind uns bewusst, dieser Pflicht jederzeit nachgekommen zu sein: Uns Rumänen kann der Vorwurf nicht gemacht werden, dass wir dann, wenn es Pflicht gewesen wäre zu sprechen, durch unser Stillschweigen die Regierung aufgemuntert hätten, in ihrem dem Abgrund zutreibenden Gebahren zu beharren ..."

Zu der Massenabwanderung der Türken aus der Dobrudscha.

Der ehemalige türkische Deputierte im Bukarester Parlament E. Zamfirolu veröffentlicht im „Adeverul" einen Aufsatz über die Massenabwanderung der Türken aus der Dobrudscha nach der Türkei. Der türkische Vertreter verweist auf die Gründe, die die einheimischen Türken der Dobrudscha bewogen, in ihr Mutterland zurückzukehren. Er zeigt die verheerenden Auswirkungen des im Jahre 1924 herausgegebenen Gesetzes über die Bodenreform. Die Enteignung eines Drittels der an sich kleinen Besitze der Dobrudscha-Türken hat sie, trotz ihres Fleisses und ihrer Anspruchlosigkeit, verbunden mit den Steuerlasten, zu dem wirtschaftlichen Ruin geführt. Zu bemerken ist, dass diese Enteignung des Bodenbesitzes eine entschädigungslose war. Die schwere Lage dieser einheimischen Türken wurde noch durch die vorgenommene Kolonisierung durch Rumänen, die aus anderen rumänischen Provinzen und aus Macedonien dahin berufen wurden, erhöht. Die Behörden hatten diesen Kolonisten keinerlei Behausung errichtet, so dass diese in den Häusern der einheimischen Bevölkerung untergebracht werden mussten. In der Folge entstanden zahlreiche Konflikte. Alle diese Schwierigkeiten zusammengenommen gestalteten die Lebensbedingungen

der Türken in der Dobrudscha derart schwer, dass ihnen als einziger Ausweg die massenweise Abwanderung nach ihrem Mutterland, das ihnen Land zur Verfügung stellte, erschien.

Das Erscheinen der Zeitung „Magyar Hirlap" auf drei Tage verboten.

Das Kommando der Truppendivision 17 benachrichtigte unlängst in ihrer Verordnung Nr. 3199 die Redaktion und Verlagsstelle des in Oradea (Grosswardein) erscheinenden Blattes „Magyar Hirlap" dessen Erscheinen sei auf drei Tage untersagt, mit der Begründung, das Blatt habe nicht die für den Belagerungszustand geltenden gesetzlichen Verfügungen eingehalten. In der Zeitung war ein Artikel über die Todesnachricht des städtischen Oberbuchhalters Moriz Vermes durch die Zensur verkürzt und die auf diese Weise entstandenen weissen Flecke hatte die Redaktion nicht verschwinden gemacht. Darum wurde das Erscheinen des Blattes vom 30. November bis 2. Dezember untersagt.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Otto Junghann: Das Minderheitenschutzverfahren vor dem Völkerbund.

Verlag von J. C. B. Mohr Tübingen. 268 S. – Die vorliegende Schrift des in Fachkreisen wohlbekannten Verfassers hat die sehr wichtige Frage des Minderheitenschutzverfahrens zum Gegenstande. Sie stellt zunächst den diesbezüglichen Inhalt der Schutzverträge dar, befasst sich ferner mit den zahlreichen Vorschlägen, welche zur Verbesserung oder zur Änderung der praktischen Anwendung der Verfahrensvorschriften teils im Völkerbunde, teils in den Resolutionen und Kundgebungen verschiedener nichtamtlicher Stellen (International Law Association,

Interparlamentarische Union, Weltverband der Völkerbundligen) bisher vorgebracht worden sind.

Verfasser bewertet sehr treffend den heutigen internationalen Minderheitenschutz, indem er sagt: „War auch der Erfolg dieses Klageweges bisher in summa nur gering, so sind sich doch alle wirklich Eingeweihten darüber einig, dass das Bild in den einzelnen Minderheitengruppen noch weit trüber aussehen würde, wenn die Möglichkeit, diese Fragen zur internationalen Verhandlung zu bringen, nicht bestünde". — Die 40 Millionen Menschen, die die europäischen Minderheiten bilden, stimmen der Meinung zu, dass der heutige Schutz durchaus unzulänglich ist. Die Ursache dieses unzureichenden Schutzes besteht aber neben der Mangelhaftigkeit der materiellen Schutzbestimmungen eben darin, dass die auf die Minderheitenklagen anzuwendenden Verfahrensbestimmungen die Feststellung der objektiven Wahrheit nicht ermöglichen. Da auf die Abänderung der materiellen Bestimmungen zugunsten der Minderheiten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, so ergibt sich von selbst, dass eine Besserung der heutigen Lage nur durch die entsprechende Reform des Verfahrens erreicht werden kann.

Verfasser unterwirft die verschiedenen Änderungsvorschläge einer eingehender Kritik und macht seine Schrift auch durch die angehängte Dokumentensammlung wertvoll. Das Buch kann allen, die sich für die überaus wichtige Frage der Minderheiten interessieren, wärmstens empfohlen werden. *A. B.*

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

CUPRINSUL – SOMMAIRE – INHALT:

Seite

Autonomia culturală a comunității Secuiești. De: Mikó Emeric 1
Wie die Juden der „Wojwodina“ dem Ungartum entfremdet werden. Von: Emerich Prokopy 35
Trauerrede Dr. Kornis' an der Bahre Dr. Bleyers 39
Bruch im Deutsch-Schwäbischen Volksrat 44
Nach der Tagung des Völkerbund-Rates. Die Wirksamkeit der Dreier-Komitees 47
Eine Apologie der südslawischen Diktatur. Von: Emerich Prokopy 49
Volkszählung – Minderheitenrechte. Von: Dr. Ladislaus Aixinger 56
Ein englischer Politiker über die Verhältnisse in Jugoslawien 60
Une déclaration du parti hongrois en Roumanie au sujet des minorités 62
„Das zur Mythe gewordene Minderheitengesetz . . .“ . . . 64
Zur Tagung des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen in Brüssel 64
Rede des Dr. Wilhelm Medinger auf der Friedensmanifestationsversammlung in Brüssel am 15. Februar 1934 über die Völkerbundreform 65
Eine ukrainische Erklärung im rumänischen Parlament . . 75
Professor Iorga über die Minderheitenfrage 77
Aus der Auslandspresse. Das „Sonntagsblatt” über einige ungarische Zeitungen 78
Im Interesse der Minderheiten . . . Im nationalen Interesse Ungarns! 79
Polen und Tschechen. Eine polnische Warnung . . . 80
Zum polnischen Antrag. Von: Dr. Elemér Jakabffy . . . 81
Die Frage einer Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes 85
Fondul de învățământ Treiscaune. De: Dr. Dénes Molnár . 88
Eine Erklärung des Aussenministers Dr. Benes und eine Budapester Erwiderung 91

Seite

Eine Aktion zwangsweiser Namens-Änderung in Rumänien? 93
Eine Erklärung des ungarischen Innenministers über die Namensmagyarisierung 94
Die Romanisierungswelle in Rumänien Rumänische „Eroberungen“ 94
Der polnisch-tschechische Gegensatz und die Minderheitenfrage 96
Der rumänisch-jugoslawische Minderheiten-Vertrag 98
Massenentlassung ungarischer Eisenbahnangestellter in Rumänien 98
„Was ist das Gebot der Stunde?“ 90
L'interpellation de M. Maniu sur la politique extérieure de la Roumanie et la colonisation dans la Nouvelle Dobroudja 99
Die Regierung und die deutsche Minderheit in Ungarn. Von: Wirkl. Geh. Rat Dr. Gustav Gratz 113
Himera examenului. Von: A. V. 121
Eine Erklärung von Ghiţa Pop: „Nichts vergessen und nichts gelernt“ 124
Die Generaloffensive gegen die Minderheiten in Rumänien 128
Die Autonomie Karpathorusslands Eine Erklärung des tschechoslowakischen Aussenministers 131
„Socol du Royaume de Yougoslavie.“ Une statistique édifiante 132
Der sächsische Volksrat fordert die Durchführung der Wahlabmachungen 133
Eine Konferenz von Minderheiten-Journalisten in Siebenbürgen 134
Gründung einer serbischen Landespartei in Rumänien . . . 135
Zu der Tagung des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen in Folkestone 136
„Der Ausbruch der Magyaren aus der bisher gemeinsam gehaltenen Minderheitenfront.“ Von: Dr. Elemér Jakabffy 141
Sprachenzwang auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes 147
Das Recht auf den freien Gebrauch der Minderheitensprachen im Privat- oder Geschäftsverkehr. Von: Arthur v. Balogh 149
Ob sich der Völkerbund schon mit einem Sprachenzwang auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes befasst hat? 152

Seite

Zur Erledigung der Angelegenheit der Gütergemeinschaft in Ciuc. Rede des Elemér Gyárfás über die gesetzmässige Regelung der Angelegenheit der Gütergemeinschaft in Ciuc an der Senatssitzung am 28. Juni 1934 153
Binnen vierzehn Tagen muss eine ethnografische Sammlung zusammengestellt werden 162
Rumänisch-bulgarische Minderheitsfragen 165
Minderheitenfragen in Jugoslawien. Zur Lage der deutschen Minderheit 165
Die „Sprachenprüfung" 166
Der Antrag Polens auf Verallgemeinerung des Minderheitenrechts auf der Tagesordnung des Völkerbundes . . 167
Der Besuch C. A. Macartneys in Rumänien 168
Das Öffentlichkeitsrecht des Arader röm. kath. Lyzeums wieder entzogen 169
Wendung in der Angelegenheit der bulgarischen Minderheit 170
Der zehnte Nationalitätenkongress. Von: Dr. Elemér Jakabffy 173
Die Eröffnungsansprache des Präsidenten 176
Rede des Abg. Géza v. Szüllő 180
Rede des Dr. Leo v. Deák 184
Rede Dr. v. Jakabffy 187
Jakabffy's Vorschlag zur praktischen Arbeit resp. der Selbsthilfe 187
Wichtige Entschliessungen. Zur Verallgemeinerungsfrage des Minderheitenrechts 189
Bilaterale Verträge 191
Neuaufnahme von Staaten in den Völkerbund 191
Zur Organisation 192
Dank an die Internationale Organisationen 192
Zusammenfassung 192
Das polnische Ultimatum in der Minderheitenfrage vor dem Völkerbund 193
Zur Lage der ungarländischen deutschen Minderheit. Von: Emerich Prokopy 197
Ein Rätsel für Juristen 204
Le parti national-paysan et le problème des minorités . . 203
Cuvinte de armonie 205
Der polnische Antrag und die Grossmächte 208

Seite

Der polnische Antrag in der VI. Kommission 214
Rapport présenté par la sixième Commission a l'Assemblée sur la protection des minorités, le 26 septembre 1934. Rapporteur: Son Excellence M. Bech (Luxembourg) . 225
Grundzüge einer klugen Minderheiten-Politik. Die Erklärung von Ghiţa Pop 231
La campagne contre l'élément bulgare de Dobroudja . . . 232
Aburteilung einer ungarischen Dame 233
12 Lehrsäle für 1800 ungarische Schüler 234
Vorgehen gegen die ungarische Presse der Tschechoslowakei. Zur Einstellung des „Prágai Magyar Hirlap" . 234
Die Schulen im Karpathenland 234
Ein bedeutsamer Vorschlag Lord Robert Cecils. Von: Ewald Ammende 237
Bilaterale Staatsverträge im Interesse der Minderheiten. Von: Ferdinand Hegedüs 241
Antwort an Fotić. Von: Emerich Prokopy 247
Das Ergebnis der Sprachprüfungen unserer Lehrkräfte . . 250
Eine wichtige Entscheidung für das Minderheiten-Schulwesen 253
Declaraţia Parlamentară a Partidului Maghiar 256
Die Sperrung der katholischen Schule von Csikcsatószeg . 266
Aus dem „Memorandum" der Rumänen 269
Zu der Massenabwanderung der Türken aus der Dobrudscha 270
Das Erscheinen der Zeitung „Magyar Hirlap" auf drei Tage verboten 271

Bücher und Zeitschriften.

Die „Nation und Staat" über die Lage der Minderheiten in Rumänien 100
Über den Kulturkampf im Gebiet Szatmár–Nagykároly in der „Katholischen Rundschau" 139
„Das Ungartum und das ungarländische Deutschtum" . . . 171
Otto Junghann: Das Minderheitenschutzverfahren vor dem Völkerbund 271

Statistische Mitteilungen.

Die Sprachkenntnis der Lehrer im ungarischen Reich vor Trianon 235